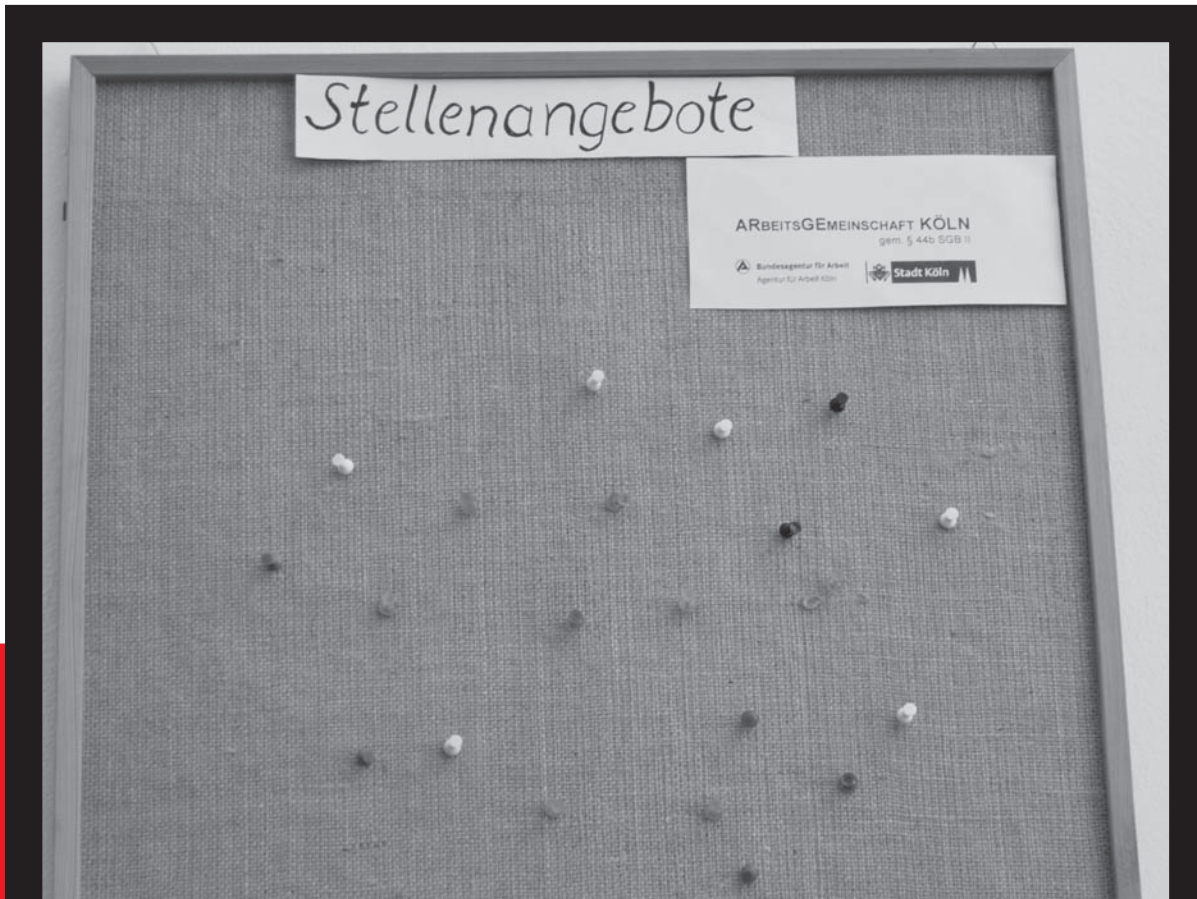


Für soziale Gerechtigkeit: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV!



Ergebnisse eines Projektes

DIE LINKE.
Kreisverband Köln

Vorwort

Von Hans Günter Bell und Elisabeth Sachse,
SprecherInnen der LINKEN Köln

Am 14. März 2003 verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die „Agenda 2010“. Die damit eingeleiteten „Reformen“ haben die Lebenslage von Millionen Menschen verschlechtert.

Besonders die Hartz-Gesetze sind ein Skandal. Sie stehen nach wie vor im Widerspruch zum Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit der Bevölkerung. Denn: Hartz IV ist Armut per Gesetz.

Das rot-grüne Hartz-IV-Gesetz blieb auch nach dem Regierungswechsel in Kraft und wird von CDU/CSU sowie SPD im Kern verteidigt und umgesetzt; die FDP klatscht hierzu bereitwillig Beifall.

Das ist die ganz große Koalition der „Hartz-IV-Parteien“. Die einzige Alternative hierzu ist DIE LINKE. Wir fordern: Hartz IV muss weg!

Wir danken den Mitgliedern der Projektgruppe „Jetzt aufstehen gegen Hartz IV!“ sehr herzlich, dass sie diesen Skandal in dieser Broschüre so klar und verständlich darstellen. Sie haben sich ein ganzes Jahr lang sachkundig gemacht und mit vielen Aktionen über diese Armutsgesetze aufgeklärt haben. Jetzt arbeiten sie weiter an Alternativen.

Diese Broschüre fasst für alle Interessierten die ersten Arbeitsergebnisse zusammen und ermutigt dazu, sich gemeinsam zu wehren.

Einleitung

Von Manfred Müller, Sprecher der Projektgruppe, und Michael Scheffer

Im August 2008 wurde unsere Projektgruppe mit folgender Absicht aus der Taufe gehoben:

„Die Projektgruppe hat das Ziel, bis zur anstehenden Bundestagswahl 2009 den Wahlkampf in Köln zum Thema ‚Hartz IV‘ inhaltlich vorzubereiten und schwerpunktmäßig zu organisieren.“

um das Kommunalwahlprogramm als auch – im Verein mit anderen Gleichgesinnten – in die Debatte um das Bundestagswahlprogramm erfolgreich einzumischen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Bundesweit und in Köln vor Ort hat DIE LINKE ihr soziales Profil geschärft.

Ziele und Vorgehen

Dabei formulierten wir folgende Ziele:

- ⇒ Die ständige Qualifizierung der Mitglieder der Projektgruppe, denn sie sollten zunehmend als Meinungsbildner inner- und außerhalb der Partei wirken können.
- ⇒ Teilhabe am Aufbau eines Netzwerks von Langzeiterwerbslosen, um die Gegenwehr der Betroffenen zu stärken.
- ⇒ Aufbau einer „ständigen Präsenz als Partei“ vor den ARGEn und in den Stadtteilen, um zu zeigen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die gegen Hartz IV kämpft.

SGB-II-Schulungen sowie zwei Workshops zu den Themen „Hartz-IV-Industrie“, „Ausgrenzungsstrategien gegenüber Langzeiterwerbslosen“, „Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik“ sowie „Entwicklung der Haushalte der Bundesagentur“ beschäftigten, trugen zu unserer Meinungsbildung bei. Hierzu dienten ebenso Diskussionen mit sozialen Bewegungen.

Dieses Qualifizierungsprogramm versetzte uns in die Lage, uns sowohl in die Diskussion

Sozialberatung ist keine Sozialarbeit!

Natürlich finden die Menschen zunächst zu uns, weil sie Hilfe brauchen. Unser Ansatz ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Inzwischen sind aber auch eine Reihe unserer ehemaligen „Kunden“ selber als Beistand oder in der Sozialberatung tätig.

Die Sozialberatung ist eine unerschöpfliche Informationsquelle. Aus ihren Erkenntnissen erwachsen inzwischen wirkungsvolle Widerstandskaktionen sowie politische Aktivitäten der Partei – bis hin zur Bundestagsfraktion.

Erweiterung unserer Arbeit

Daher nutzen wir die kommenden Wahlen, um mit unseren KandidatInnen den Rahmen unseres Wirkens zu erweitern. Wir wollen unsere Sozialberatungen in die Veedel bringen und einen zentralen Treff für Erwerbslose einrichten.

Wir wollen erreichen, dass DIE LINKE nicht nur „wirkt“, sondern gestaltend in die Politik dieser Stadt eingreifen kann.

Projektaktivitäten

23. August 2008

Auf der gut besuchten, turbulenten Jahreshauptversammlung der Kölner LINKEN gab es in einem Punkt Einigkeit: die Gründung der Projektgruppe „Jetzt aufstehen gegen Hartz IV!“, die mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde. Sie sollte die Partei in dieser zentralen sozialen Frage zielgerichtet auf das „Superwahljahr 2009“ vorbereiten und den Abwehrkampf gegen weiteren Sozialabbau erfolgreich mitorganisieren. Hier ein kurzer Abriss der bisherigen Aktivitäten:

13. September 2008

Im Rahmen eines ersten, ganztägigen Workshops trafen sich interessierte Genossinnen und Genossen, um den Projektablauf konkret zu strukturieren. Es wurden Ziele, Ressourcen und Aktionen erarbeitet und Koordinierungs- und Kommunikationsstrukturen festgelegt. Ein SprecherInnen-Rat konnte gewählt und ein zeitlicher Rahmen bis zur BTW 2009 abgesteckt werden.

25./26. Oktober 2008

Auf Einladung der PG gab der Sozialexperte Martin Behring vom Erwerbslosenforum Bonn zwei Tage lang eine „Grundlegende Einführung ins SGB II“. Das Seminar wurde von gut zwei Dutzend Interessierten besucht und legte die Grundlage für die Sozial- und Rechtsberatung, welche DIE LINKE seither regelmäßig anbietet. Diese wird von der Bevölkerung außerordentlich gut angenommen. Sie stellt ein Alleinstellungsmerkmal in der hiesigen Parteienlandschaft dar und festigt die LINKE Verankerung im Milieu der direkt Betroffenen.

03. November 2008

Die zynische Empfehlung des Berliner SPD-Finanzsenators, Arbeitslose mögen doch bitte im Winter die Heizung drosseln und sich einen warmen Pullover überziehen, quittierte die PG mit einer öffentlichen Protestaktion, um unter dem Motto „Stricken für den Winter – Nein, danke!“ gegen die Diffamierung von Erwerbslosen zu protestieren. Den amüsierten und interessierten Betroffenen wurde die Aktion erklärt, der Hintergrund erläutert und reichlich Infomaterial gegeben.

01.-05. Dezember 2008

Die Projektgruppe unterstützt die von diversen Erwerbslosengruppen getragene Aktionswoche „Zahltag“. Dabei werden die Rechte Betroffener durch massive Präsenz von Aktivisten in den Fluren, Foyers und Büros der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) durchgesetzt; es wird konkret Beratung, Begleitung und Beistand angeboten. Zudem wird durch Film- und Wortbeiträge vor Ort die menschenverachtende Intention und Wirkung der Hartz-Gesetzgebung angeprangert. Diese Protestform wird von der PG regelmäßig mitgetragen.

22. Januar 2009

Da Linke der Zukunft zugewandt agieren, war es Anfang des Jahres Zeit, den Blick nach vorne zu wagen. Unter dem Motto „Was kommt nach Hartz IV?“ lud die PG engagierte linke Sozialpolitiker zu einer lebhaften Podiumsdiskussion ein. „Mindestsicherung, Grundsicherung, Grundeinkommen? Ja, was denn nun?“ Unter reger Anteilnahme des Publikums konnten unterschiedliche Standpunkte erläutert werden, wobei das Gemeinsame das Trennende deutlich überwog. Fazit: Der LINKEN mangelt es nicht an Ideen und Visionen, sie hat richtige Antworten auf die soziale Frage.

27. März 2009

Viele freie Wohlfahrtsverbände agieren oft zweifelhaft oder gar unsozial und profitieren als Nutznießer einer verfehlten Sozialpolitik von den Hartz-Gesetzen. Als die Caritas in Köln sich selbst – und einige ihrer hochkarätigen Gönner – beim Sektempfang abfeiern will, ist die PG dabei: eine kleine, aber öffentlichkeitswirksame Demo wider die Heuchelei, die zwischenzeitlich von einem Polizeiaufgebot aufgescheucht wurde. So schafft man (ungewollt) Aufmerksamkeit vor dem Dom! Man soll nicht unterschlagen, dass einige Protestanten auch ans Buffet geladen wurden: zum gepflegten Dialog inmitten pragmatischer Sozial-Pharisäer. Vox populi in partibus infidelium.

25. April 2009

Die vorangegangene Gründung der BAG „Hartz IV“ dokumentiert den steigenden Stellenwert der Thematik. Ende April fand im Kölner Stollwerck die konstituierende Sitzung der Landes-AG „Weg mit Hartz IV!“ statt – eine Großveranstaltung, die wesentlich unsere PG organisierte. Es wurde sich eifrigst kennen gelernt, debattiert und überreichlich Diskurs betrieben. Es wurden Weichen gestellt, Beschlüsse gefasst, es wurde Personal gewählt. Und seehr lecker gegessen (Moshe!).

26. Juni 2009

Hartz IV wirkt wortwörtlich „mit Sicherheit“. Denn die private Firma Kötter Airport Security GmbH beschäftigt am Köln-Bonner Flughafen Langzeiterwerbslose im Kontrollbereich. Diese kosten Kötter keinen einzigen Cent, durchlaufen eine 3-monatige, von der Arbeitsagentur gesponserte „Ausbildung“ und arbeiten anschließend für einen Monat (!) als Praktikanten. Festanstellung? Fehlanzeige! Aktivisten der PG und diverser Initiativen wiesen auf diese Form des öffentlich geförderten Lohndumpings hin. In der Diskussion mit den KollegInnen vor Ort konnten weitere Missstände benannt werden. Personalchef, Pressesprecher und Niederlassungsleiter beteuerten baldige Besserung ...

Nicht zu vergessen:

Die PG trifft sich 14-tägig, um ihre Arbeit demokratisch zu organisieren! Sozialberatung ist wöchentlich!

Der Paradigmenwechsel in der Arbeitslosenversicherung

Von Elisabeth Sachse, Sprecherin der LINKEN Köln



Bei erstmaliger Einführung der Arbeitslosenversicherung im Jahr 1927 belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 600.000 Menschen. Im Zuge der bald folgenden Weltwirtschaftskrise zeigte sich das eingeführte System schnell überfordert, zumal notwendige Veränderungen, wie z.B. eine Anhebung der Beitragssätze, von der damaligen Regierung nicht vorgenommen wurden.

Bei der Wiedereinführung 1957 in Form einer einheitlichen, bundesweiten Gesetzgebung handelte es sich um eine Pflichtversicherung mit Gewährung von Lohnersatzleistungen, die in den sechziger Jahren um arbeitsfördernde Maßnahmen angesichts langsam wieder einsetzender und steigender Arbeitslosenzahlen ergänzt wurde. Es handelte sich um präventive Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Mobilität des Einzelnen mittels Ausbildung, Umschulung und beruflicher Fortbildung.

Ziel war die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes und des wirtschaftlichen Wachstums durch Qualifikation.

Paradigmenwechsel

Abbau von ABM

Mit Einführung des SGB III im Jahr 1997 wurde diese beschäftigungspolitische Zielsetzung aufgegeben. Im ersten Schritt wurden Umschulungs- und ABM-Maßnahmen rigoros abgebaut – ABM des zweiten Arbeitsmarkts angeblich, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

Begleitet wurde dieser Paradigmenwechsel von der Individualisierung der Verantwortlichkeit für Arbeitslosigkeit, woraus eine Nachrangigkeit der Arbeitsförderung abgeleitet wurde.

Vom SGB III zum SGB II

Mit Einführung der Hartz-Gesetze bestand schließlich im zweiten Schritt die arbeitsmarktpolitische Zielsetzung lediglich noch in der Verkürzung der Zeiten von Arbeitslosigkeit. Dies wird erreicht durch Zwangsmittel in Form höherer Konzessionsbereitschaft der Betroffenen zur Annahme minder qualifizierter Arbeiten.

Von nun an wird unterschieden zwischen „Beschäftigungsfähigkeit“ (SGB III) und „Erwerbsfähigkeit“ (SGB II); diese gelten als „individuelle Eigenschaften, die zu erhalten oder wieder

herzustellen sind“. Dieser Unterscheidung entspricht die Unterscheidung zwischen dem Angebot sozialversicherungspflichtiger Beschäftigten (SGB III) einerseits und jedweder entlohnter Tätigkeiten ohne arbeitsrechtliche Schutzfunktionen (SGB II) andererseits.

Aktivierung

Der Paradigmenwechsel bildet sich auch ab in der Formulierung einer „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“: Beim Begriff der Aktivierung geht es jedoch weder um Wirtschafts- und Sozialpolitik noch darum, alle beteiligten Akteure am Arbeitsmarkt wie Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Erwerbslose anzusprechen.

Vielmehr geht es vorrangig darum, Erwerbslose durch Ausdehnung von Sperrzeiten oder Androhung von Sanktionen zu Eigenbemühungen auch bei Jobs mit schlechten Bedingungen zu drängen. Zusammengefasst wird dieser Wechsel unter dem Begriff „fördern und fordern“.

Finanzierungsumstellung

Finanzpolitisch betrachtet findet eine Umwandlung der Beitrags- in eine Steuerfinanzierung statt. Somit entfällt künftig immer mehr der individuell erworbene Anspruch auf eine Versicherungsleistung.

Die Absicherung gegen Armut gewinnt zunehmend den Charakter einer von politischer Willkür abhängigen Fürsorgeleistung des Staates.

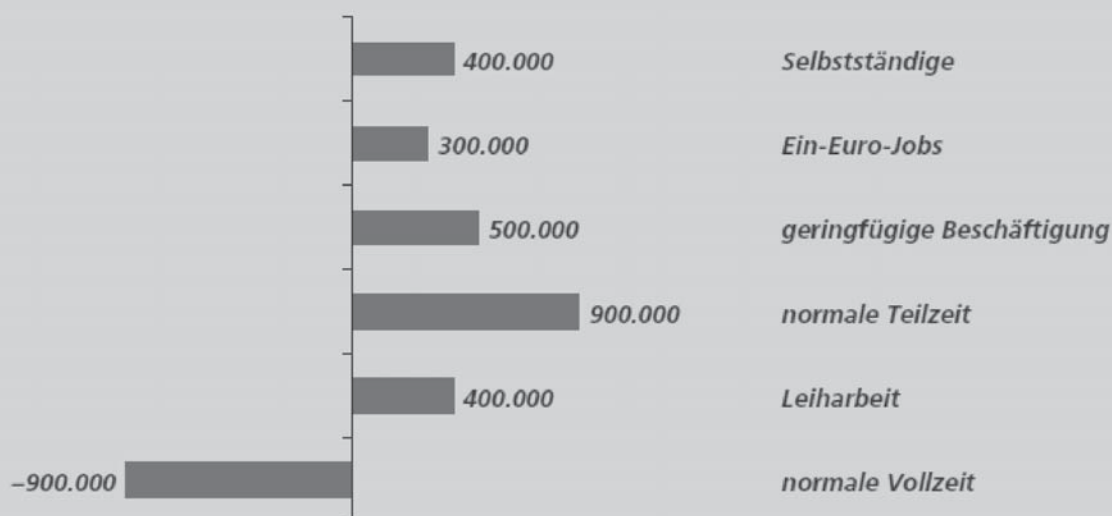
Hintergrund

In den 90er Jahren hatten die Arbeitslosenzahlen erstmalig die 3-Millionen-Grenze überschritten. Zunächst wurde zur Abfederung der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung auf 6,5% angehoben. Dieses wurde jedoch von Arbeitgeberseite zunehmend mit dem Argument globalisierter Konkurrenz und angeblich „zu hoher Lohnnebenkosten“ massiv bekämpft.

Die zugleich sich entwickelnde Verfestigung von Langzeiterwerbslosigkeit und die wegen politischer Entscheidungen zur Unterstützung der Unternehmensseite sinkenden Steuer- und Beitragseinnahmen lieferten weitere Argumente zur Absenkung der Kosten von Erwerbslosigkeit.

Der Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten, die Ausdehnung von Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung, die Ausweitung des Niedriglohn-

1,6 Millionen mehr Jobs – aber was für welche? Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2003 bis 2008



*Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Die Zahl der normal, nicht in Leiharbeit tätigen Vollzeitbeschäftigten sank seit der Verkündung der „Agenda 2010“ um fast eine Million.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, gerundet auf 100.000*

Grafik: Verdi-WiPo-Broschüre „Solidarisch aus der Krise“

sektors sowie niedrige Lohnabschlüsse bestärkten diese Negativentwicklung: Zuletzt sanken die Einnahmen der BA von vormals über 50 Mrd. auf 38,3 Mrd. Euro im Jahr 2008.

Auswirkungen

Ausgabesenkungen

Zum einen wurden die passiven Leistungen des Arbeitslosengeldes I von 29,5 Mrd. Euro im Jahr 2002 auf 19,7 Mrd. Euro in 2008 gesenkt – bei gleichzeitig nahezu konstanter Höhe der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von knapp 27 Mio. Umgesetzt wurde dies durch die Verkürzung der Anspruchsdauer auf in der Regel ein Jahr.

Ausgabesenkend wirkt auch, dass Erwerbslose, die aus Zeitarbeitsverhältnissen oder geringfügiger Beschäftigung in Erwerbslosigkeit geraten, nur geringere Ansprüche auf ALG I haben: So sank im Durchschnitt der Anspruch in den letzten drei Jahren um über 30 Euro pro Monat. Ausgabereduzierend wirkt überdies, dass viele befristete Beschäftigungen auf weniger als 11 Monate beschränkt sind, womit ein Anspruch auf ALG I hinfällig wird.

Aussteuerungsbetrag

Zum anderen muss die BA an den Bund einen sog. „Aussteuerungsbetrag“ von 10.000 Euro für jeden Erwerbslosen zahlen, der nicht

innerhalb eines Jahres wieder vermittelt wird. Dies führt dazu, dass die BA ihre Bemühungen in erster Linie darauf ausrichtet, ALG-I-Bezieher wieder in Arbeit zu vermitteln. Die Langzeitarbeitslosigkeit steuerfinanzierter ALG-II-Bezieher wird somit verfestigt. Dieser Transfer von Versicherungswerten in den Steuertopf stellt einen Leistungsmissbrauch dar, der im Jahr 2008 von der Bundesregierung pauschal auf 5 Mrd. Euro festgesetzt wurde.

Mit dieser Zielsetzung sind Leistungen wie das „Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung“, vormals „Unterhaltsgeld“ genannt, überflüssig geworden. Echte Qualifizierung wurde und wird somit geschliffen.

Disziplinarmaßnahmen

Unter dem Haushaltstitel „Eingliederungstitel Integrationsmaßnahmen“ der BA werden Beschäftigungs-, Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen zusammengefasst, die nicht qualifizieren und zunehmend von Seiten der AR-Gen als Disziplinar- und Kontrollmaßnahmen genutzt werden – angeblich um Arbeitswilligkeit und -fähigkeit zu überprüfen.

Diese Maßnahmen begünstigen jedoch die Beschäftigungsträger, denn alleine schon für die „Betreuung“ der als integrationsfern eingestuften „Kunden“ erhalten sie mindestens 300,- Euro pro Monat. Hier entsteht ein Markt

Fortsetzung auf Seite 6



Die Projektgruppe aktiv bei der Aktion „Stricken für den Winter“

von Zertifikaten und Betreuung, dessen öffentlich nicht zugängliche und nicht einschätzbare Kosten auch aus Beitragsleistungen gezahlt werden und die eigentlich nur den Beschäftigungs- und Bildungsträgern am neuen „Bildungsmarkt“ eine gute Existenz sichern.

Einzig dem „Kunden“ gereichen sie überwiegend zum Nachteil, denn gemäß § 77 SGB III zählt, wer seinen erlernten Beruf in den letzten vier Jahren nicht ausgeübt hat, als minderqualifiziert und ist nach Teilnahme einer solchen „Qualifizierungsmaßnahme“ auf den entsprechenden Helferjob festgeschrieben.

Angesichts von mittlerweile wieder 4 Mio. Erwerbslosen und 9 Mio. Menschen im ALG-II-Bezug – eingeschlossen jene, die aufgrund niedriger Löhne aufstockende Leistungen beanspruchen müssen – wird deutlich, dass eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt hier nicht das wirkliche Ziel ist.

Abwärtsspirale

Es entwickelt sich vielmehr aufgrund dieser Maßnahmen der Grundstock einer Armutsbevölkerung, die dequalifiziert und entwertet wird. Hinzu kommt eine stetig steigende Anzahl von jungen Erwachsenen, die in mittlerweile mehrjährigen Warteschleifen in Berufskollegs verharren und keine Ausbildungsplätze finden. Hier verschärft sich durch die Einführung der Studiengebühren zusätzlich noch Konkurrenzdruck.

Diese neu geschaffene Armutsbevölkerung dient der Disziplinierung der Noch-Beschäftigten. Dies belegen die steigenden Zahlen der Be-

schäftigten im Niedriglohnsektor und bei Teilzeit- und Zeitarbeit. Mittlerweile sind hier über 20% der Beschäftigten tätig.

Es ist zu vermuten, dass diese Maßnahmen der Einführung eines „Dritten Arbeitsmarktes“ dienen sollen: Der Zwang zur Annahme jedweder Tätigkeiten führt dazu, dass professionelle Tätigkeitsfelder in Kinder- und Seniorenbetreuung sowie Pflege des öffentlichen Raumes in minderqualifizierte Helfertätigkeiten überführt werden.

Indem „Kunden“ als „arbeitsmarktfrem“ definiert und Tätigkeitsfelder als angeblich „zusätzlich“ konstruiert werden, werden künftig aufgrund der hohen Erwerbslosenzahlen viele „Tätigkeitsplätze“ entstehen, die keinerlei arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen mehr unterliegen, immer neu zu bedienen sein und wegen der Möglich-

keit zur Sanktion auch verstärkt zur Absenkung von Transferleistungen dienen werden. Erinnert sei an die Ein-Euro-Jobs.

Ein nicht zu unterschätzendes Moment der Verschärfung der Armut besteht darin, dass eine steigende Anzahl von Geringverdienern, deren Einkaufsverhalten von gesetzgeberischer Seite zur Festlegung der Höhe des Satzes für ALG-II dient, mit immer weniger Einkommen auskommen muss.

Hier ist eine Abwärtsspirale etabliert worden, die einem modernen Industriestaat, wie ihn die Bundesrepublik Deutschland einmal dargestellt hat, mehr als nur zur Schande gereicht und Erinnerungen an längst vergangen geglaubte Zeiten weckt.

Zonen von Wohlstand und Armut,
Quelle: DIW-Wochenbericht 12/2007

Zone von ...	Personen in %
Gesichertem Wohlstand	45,9
Instabilem Wohlstand	26,1
Einseitiger Armut	3,8
Temporärer Armut	5,7
Prekarität	10,1
Verfestigter Armut	8,4
Insgesamt	100

Was ist eigentlich eine ARGE?

Von Manfred Müller, Sprecher der Projektgruppe

Bekommt man einen Brief vor seiner ARGE, erscheint regelmäßig im Absender der Hinweis „Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44b SGB II“ im Briefkopf.

Dieser Paragraph, der 2007 für verfassungswidrig erklärt wurde, ist einer der Kernpunkte der Hartz-IV-Reform. In ihm wird festgelegt, „dass die Träger der Leistungen (...) durch privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Verträge Arbeitsgemeinschaften (errichten)“.

Ein wenig beachteter Gesichtspunkt der Hartz-IV-Gesetzgebung besteht darin, dass dieses Bundesgesetz so gestaltet wurde, dass es den jeweils örtlichen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes gerecht werden kann.

Das Grundmuster der Verträge der 370 ARGEN ist das gleiche, weicht allerdings von Ort zu Ort in der entscheidenden Frage „Wer hat das Sagen?“ ab.

Trägerversammlung

Das Entscheidungsgremium in den ARGEN ist die sogenannte Trägerversammlung. Diese wird durch die Vertreter der Bundesagentur und der jeweiligen Kommune gebildet. Während beispielsweise in Dortmund die Kommune das entscheidende Stimmrecht übernommen hat, heißt es wenig weiter südlich in Düsseldorf: „Gemäß Gründungsvertrag können Beschlüsse nur einvernehmlich gefasst werden.“

Aber was hat die „Trägerversammlung“ zu entscheiden? Den zentralen Punkt der Arbeitsmarktpolitik vor Ort, nämlich das Arbeitsmarktprogramm! Hier vor Ort und nicht in Nürnberg (dem Sitz der Bundesagentur) werden die Millionen und Milliarden für die „Hartz-IV-Industrie“ verteilt!

Beiräte

Neben dem Entscheidungsgremium der Trägerversammlung gibt es die Beiräte. Diese haben zwar nur beratende Stimme, dennoch spielen sie eine zentrale Rolle im System Hartz IV.

In den Beiräten sind die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften sowie die Sozialverbände vertreten.

Jede dieser Interessengruppen bemüht sich natürlich redlich darum, ihre „Kundschaft“ zu bedienen. Dies sind aber nicht die Erwerbslosen! Ihre Kundschaft sind die diversen Beschäftigungsträger, Bildungsträger, Leiharbeiterfirmen, Personalserviceagenturen, die Beschäftigten in den JobCentern usw.

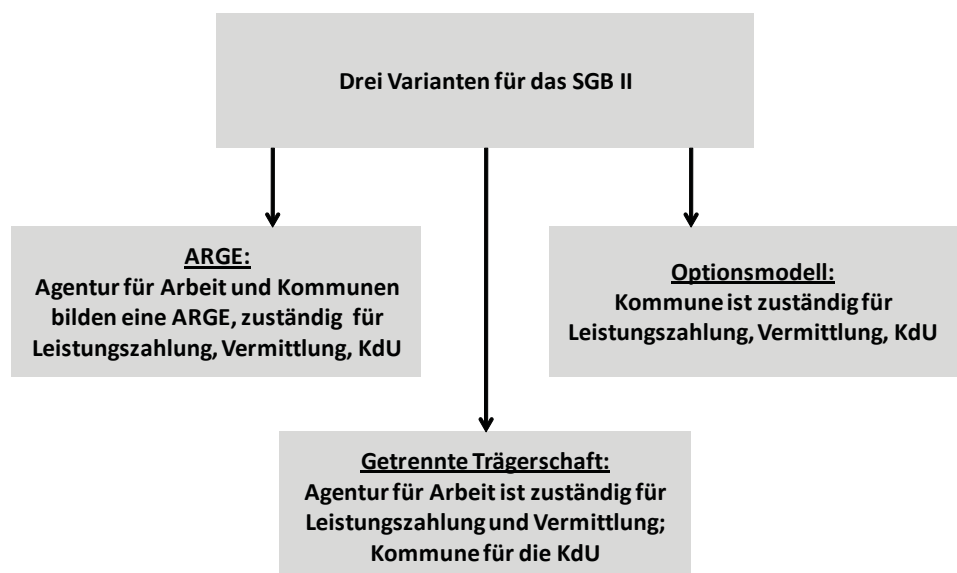
Alternativen sind möglich!

Hartz IV hat es bisher nicht nur geschafft, Millionen von Erwerbslosen in Schach zu halten, sondern auch deren mögliche Verbündete, nämlich Teile der Gewerkschaften und die Sozialverbände, in das System der „Verfolgungsbetreuung“ zu integrieren und damit gegen sie in Position zu bringen. Die Alternativen, die nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil in der Schublade liegen, wie z.B. das Gesetz zur Einrichtung der „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“, führen diesen Weg konsequent weiter.

DIE LINKE fordert dagegen in ihrem neulich verabschiedeten Programm zur Bundestagswahl: „Hartz IV abschaffen und damit die schädlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt beseitigen!“ Damit erledigen sich auch die ARGEN, weil die Spaltung der Erwerbslosen in Lang- und Kurzzeiterwerbslose, die unterschiedlich behandelt werden, entfallen würde.

„Die Lösung kompliziert erscheinender Sachverhalte ist manchmal sehr einfach“, sagte sich schon Alexander der Große und zerschlug den Gordischen Knoten.

Verwaltungsvarianten



Wie wirkt das System Hartz IV?

Von Manfred Müller, Sprecher der Projektgruppe

Das gemeinsame gesellschaftliche Erinnerungsvermögen erweist sich oft als sehr kurz. Die Bilder von der Präsentation des „Hartz-Konzepts“, die vor sieben Jahren über die Bildschirme flimmerten, sind längst verblasst.

Damals gab es nicht nur eine rot-grüne Bundesregierung, sondern diese hatte auch noch vor, durch die verkündeten Maßnahmen die Erwerbslosigkeit von ehemals 4 auf 2 Millionen Menschen zu reduzieren.

Verkündung von Hartz IV ...

So wurde verkündet: Den Ärmsten der Armen, den LeistungsempfängerInnen von Sozialhilfe, die nie wieder eine Chance auf einen Job im ersten Arbeitsmarkt haben würden, sollte angeblich ein Weg aus der Sackgasse gewiesen werden.

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im neuen Arbeitslosengeld II sollte ihnen vermeintlich eine Chance geboten werden, wieder einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

„Hilfe aus einer Hand!“ lautete die Parole und „Alles wird gut!“ Wer konnte denn da dagegen sein? In Wirklichkeit aber sollte die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau gesenkt werden!

... und die bittere Wahrheit

Mit der Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 12 Monate, der Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und dem Sanktionssystem von „fördern und fordern“ gedachte man, die „Sozialschmarotzer“, die es sich in der sozialen Hängematte angeblich bequem gemacht hätten, via „Ein-Euro-Jobs“ wieder „ans Arbeiten“ zu bekommen.

„Es gibt kein Recht auf Faulheit“, tönte Gerhard Schröder, sekundiert von Müntefering, der den Apostel Paulus mit dem (falsch interpretierten) Zitat „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!“ zur Untermauerung dieser neuen „sozialdemokratischen“ Theorien heranzog.

Diesen „Paradigmenwechsel“ in der Sozialpolitik begleitete die Bildzeitung „liebevoll“ mit der Kampagne gegen „Florida-Rolf“ und „Viagra-Kalle“. SAT 1 ließ sich nicht lumpen und brachte „Sozialfahnder“ auf die Spur der „Betrüger“.

Stunnen rieben sich tausende von Mitgliedern der SPD die Augen und verließen die Partei, um zunächst die WASG und danach mit der PDS die Partei DIE LINKE zu gründen.

Ergebnisse von Hartz IV

Besserstellung privater Unternehmen

Heute, nach nunmehr 5 Jahren Hartz IV, kann sich die Bilanz vom Standpunkt der Regierung und der Unternehmer her betrachtet durchaus sehen lassen:

- ⇒ Der Bundeszuschuss konnte für einige Jahre entfallen,
- ⇒ es konnten Rückstellungen in Milliardenhöhe angesammelt werden
- ⇒ und für die Unternehmer gab es als Sahnehäubchen obendrauf noch eine kräftige Beitragssenkung, die weitere Milliarden in deren Kassen schwemmte.

Verschlechterung für die Lohnabhängigen

Für die Arbeitnehmerschaft sieht die Bilanz allerdings anders aus. Nach Einführung von Hartz IV sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 10 %.

- Gleichzeitig stieg
- ⇒ die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 13 %,
- ⇒ die der geringfügig Beschäftigten um 30 %
- ⇒ und die Zahl der Selbstständigen um 14 %.

Im selben Zeitraum

- ⇒ sanken die Reallöhne,
- ⇒ arbeiten inzwischen mehr als 40 % der Beschäftigten nicht mehr unter tarifvertraglich geregelten Bedingungen,
- ⇒ verfügen 50 % der Beschäftigten über keinerlei Ersparnisse und
- ⇒ gelten 10 % der Haushalte als überschuldet.

Zum Vergleich: Es verfügen die reichsten 10 % der Bevölkerung über 2/3 des Gesamtvermögens in Höhe von 5,4 Billionen €!

Nicht nur Erwerbslose, sondern auch Geringverdienende beziehen aufstockende Leistungen nach dem SGB II. Es ist auch wegen der niedrigverdienenden Aufstocker, dass mehr als 7 Millionen Menschen Leistungen nach dem SGB II beziehen!

Desaströse Lage von Langzeiterwerbslosen

Für die Langzeiterwerbslosen sieht die Bilanz desaströs aus! Selbst den verbohrtesten Grünen oder SPD-Politikern dürfte inzwischen klar geworden sein, dass es so viele „Arbeits-scheue“ wohl nie gegeben hat.

Von Anfang an rekrutierte sich ein nicht unbe-trächtlicher Teil der Langzeiterwerbslosen aus dem Milieu dessen, was die Parteistrategen als die gesellschaftliche „Mitte“ beschrieben. Mit ihrer Geschäftsidee gescheiterte E-Commerce-Unternehmer, IT-Spezialisten, Freiberufler wie Rechtsanwälte und Steuerberater, Akademiker diverser ungefragter Fachrichtungen gehörten von Anfang an zu den „Kunden“ der ARGEn.

Sie durchlaufen einen demütigenden Prozess der Entqualifizierung, der – wenn überhaupt – mit der Annahme jeder angebotenen Bürohilfsarbeit, oft bei einer Leihfirma, endet.

Disziplinierung und Verdrängung regulärer Jobs

Spätestens mit dem ZDF-Beitrag „Die Armuts-industrie“, der im Juli 2009 ausgestrahlt wurde, wurde einem Millionenpublikum vor Augen ge-führt, was es mit den „Ein-Euro-Jobs“ wirklich auf sich hat.

Sie dienen nicht nur der Disziplinierung wi-derständiger Erwerbsloser, sondern verdrängen massiv reguläre Arbeitsplätze. Das Perfide an diesem System ist, dass dem Malermeister oder dem Gastwirt, der Pleite geht, die Ursachen für seinen Auftragsmangel verborgen bleiben.

Derzeit bemüht sich die Regierungskoalition Hände ringend darum, die schlimmsten Auswir-kungen der tiefsten Rezession seit 1929 auf den Termin nach der Bundestagswahl zu verschie-ben. Verlängerung des Bezugs von Kurzarbei-tergeld und des ALG I sollen hier die Gemüter kurzzeitig beruhigen.

Es baut sich eine Bugwelle von Millionen zu-künftiger Erwerbsloser auf, die nach den Wahlen über die Gesellschaft hereinbrechen wird. Dabei hat sich herumgesprochen, dass auch die heute noch besser verdienenden Schichten der Arbeit-nehmerschaft in Zukunft schlimm von den Fol-gen von Hartz IV betroffen sein werden.

12 bis 18 Monate ALG I, und wer dann noch keine Arbeit hat, bekommt noch lange kein Hartz IV! Davor steht die Prüfung auf Bedürftigkeit!

Bedürftigkeitsprüfung

Wer eine „Bedarfsgemeinschaft“ gebildet hat, in der ein Partner noch verdient, wer eine Abfin-dung bezog, Ersparnisse oder eine private Ren-

tenversicherung oder Immobilien hat, kurzum: wer über verwertbares Vermögen über das zuge-standene „Schonvermögen“ hinaus verfügt, der wird gezwungen, dieses aufzubrechen, bevor ihm auch nur ein müder Cent zusteht.

Hier bewahrheitet sich nicht nur die These, die DIE LINKE von Anfang an aufgestellt hat, näm-lich dass Hartz IV Armut per Gesetz bedeutet, sondern dass dieses Gesetz darüber hinaus auch massenhafte zukünftige Altersarmut produziert!

Hartz IV entrechtet!

Durch Hartz IV werden Langzeiterwerbslose einer ständigen Kontrolle und ständigen Druck ausgesetzt. Ab dem 15. Lebensjahr werden alle Erwerbsfähigen von dem System erfasst.

Mehr als 90.000 Beschäftigte in den JobCen-tern und ungezählte Beschäftigte in Beschäfti-gungs- und Bildungsträgern verdienen ihr Geld im Wesentlichen damit, das Heer der Langzeiter-erwerbslosen in Schach zu halten.

Ermittlungsdienste als Ersatz der alten preu-ßischen Armenpolizei und schließlich der brave deutsche Denunziant aus der Nachbarschaft oder dem „Freundeskreis“ sorgen für den Rest.

Hartz IV vereinzelt! Hartz IV bedroht und schüchtert ein! Hartz IV entrechtet!

Wird's noch schlimmer?

Was uns mit der Entrechtung der Asylbewerber vorexerziert wurde, wird nun bei den Langzeiter-erwerbslosen fortgesetzt. Lebensmittelgutscheine statt Bargeld sowie „Ortsanwesenheitspflicht“ statt Bewegungsfreiheit sind nur der Anfang.

Liest man das Wahlprogramm der CDU, winkt der „Arbeitsdienst“! Was an den Asylbewerbern und Langzeitererwerbslosen vollzogen wird, droht in Zukunft allen Arbeitnehmern!

Das kapitalistische Wirtschaftssystem erweist sich als unfähig, den Menschen eine friedliche Lebensperspektive in relativem Wohlstand auf Dauer zu garantieren.

Um dabei aber selbst nicht untergehen zu müssen, sind Unternehmen und Reiche gezwun-gen, der Gesellschaft den Klassenkrieg zu erklä-ren. Warren Buffet, einer der reichsten Männer der Welt, formulierte dies in der NY Times in entwaffnender Offenheit:

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist mei-ne Klasse, die Krieg führt, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“

Wir hingegen sagen: NEIN! Ihr verliert! Denn Millionen sind stärker als Millionäre!

Wie funktioniert Hartz IV konkret?

Von Manfred Müller, Sprecher der Projektgruppe, und Michael Scheffer

Nehmen wir einmal an, Ihre Geschäftsidee hat nicht funktioniert. Nachdem Sie Ihre Insolvenz an- und Ihr Gewerbe abgemeldet haben, befinden Sie sich unvermittelt in einer Warteschlange vor der örtlichen Zweigstelle der Bundesagentur für Arbeit.

Sollten Sie das Pech haben, Ihr Geschäft länger als drei Jahre betrieben zu haben, werden Sie gleich an die für Hartz IV zuständige ARGE weitergereicht. Denn wer in den vergangenen 36 Monaten nicht mindestens 12 Monate Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I.

1) Antragsstellung

Die erste zu nehmende Hürde ist die Antragsstellung, die wegen aller Zusatzformulare Stunden dauert. Wer über keine akademische Ausbildung verfügt oder der deutschen Sprache nicht zu hundert Prozent mächtig ist, muss an diesem bürokratischen Machwerk verzweifeln. Das ist so auch beabsichtigt.

Im nächsten Schritt wird man Ihnen überall dort, wo Sie den Antrag abgeben wollen, erklären, dass man „nicht zuständig“ sei. In Köln geht das Gerücht um, dass der Rekord bei 14 vergeblichen Abgabeversuchen liegt.

Haben Sie es dennoch geschafft, Ihren Antrag abzugeben, händigt man Ihnen ständig neue „Laufzettel“ darüber aus, was noch alles fehlt und beizubringen sei. Das Ziel dieser Prozedur heißt Abschreckung!

2) Überprüfung der Hilfsbedürftigkeit

Kein Einkommen mehr zu erzielen und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu haben, heißt noch lange nicht, dass man Leistungen vom Staat erhalten würde. Zunächst müssen Sie Ihre „Bedürftigkeit“ nachweisen. Das kommt ungefähr dem früheren „Offenbarungseid“ gleich.

Alles, was über ein Schonvermögen von 150 Euro pro Lebensjahr hinausgeht und „verwertbares Vermögen“ darstellt, wird – von ein paar gesetzlich geregelten Ausnahmen abgesehen – angerechnet: Barvermögen aus Abfindungen, der Wert ihrer Lebensversicherung, die sie für Ihre Altersvorsorge abgeschlossen haben, Luxusgüter usw. Solange Sie Ihr „Vermögen“ verwerten, gibt es keinen müden Cent.

Erst wenn Sie sich auf diese Weise „nackig“ gemacht haben und Unterschriften geleistet haben, reihen Sie sich in das Heer der ca. sieben Millionen EmpfängerInnen von Leistungen nach dem SGB II ein. Man wird Sie in zukünftigen Anschreiben als „die Hilfsbedürftige“ oder „der Hilfsbedürftige“ bezeichnen, damit Sie nie vergessen, dass Sie fast am Ende der gesellschaftlichen Stufenleiter angekommen sind.

Ab jetzt stehen Sie unter „Hausarrest“, bezeichnet als „Ortsanwesenheitspflicht“ und „je-derzeitige Erreichbarkeit“, und können sich im Weiteren auf Folgendes gefasst machen.

3) Kosten der Unterkunft

Ein mächtiges Mittel, bei den Bedürftigen zu sparen, haben die Kommunen durch die Regelungen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) erhalten. Nach § 22 Absatz 1 SGB II hat die ARGE die tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung zu zahlen, soweit sie angemessen sind.

Pech gehabt, wenn Sie etwa in Köln mit seinem hohen Mietniveau leben. Die Mietobergrenze, die die ARGE zugrunde legt, ist so niedrig, dass entsprechende Wohnungen auf dem hiesigen Wohnungsmarkt faktisch nicht existieren.

Erklärt die ARGE ihre Mietkosten als „unangemessen“, wird Ihr Regelsatz gekürzt oder Ihnen ein Umzug zur Kostensenkung nahe gelegt. So werden Sie aus ihrem gewohnten Umfeld gerissen und an den Stadtrand gedrängt, was mittelfristig zu Segregation führt. Auch die realen Heiz- und Energiekosten werden von der ARGE oft nicht anerkannt, was zigtausende Betroffene zwingt, den Klageweg zu beschreiten.

4) Profiling

Ehe Sie sich versehen, bekommen Sie eine Einladung zum ein- bis zweiwöchigen „Profiling“, ursprünglich ein Begriff aus der amerikanischen Kriminalistik – ein Schelm, der Böses dabei denkt, dass dieser Begriff nun in Zusammenhang mit Erwerbslosen auftaucht. Profiling heißt, dass die ARGE nicht weiß, wer Sie sind und was Sie können, und davon ausgeht, dass Sie das auch selber nicht wissen, denn sonst könnten Sie das dem Sachbearbeiter ja mitteilen.

Deshalb werden Sie in mehreren Tagen so ziemlich sämtlichen gängigen und teils fragwürdigen Tests unterzogen, mit der Ihre „Intelligenz“, Ihre „Teamfähigkeit“, Ihre Neigungen,

Fähigkeiten und Eignungen usw. festgestellt werden sollen – immer an der Grenze des datenschutzrechtlich gerade noch Erlaubten. Im „Abschlussgespräch“ erfahren Sie dann über sich, was Sie sowieso schon wussten.

Da die bei Ihnen erhobenen Daten im späteren Verlauf kaum eine Rolle spielen, besteht der Verdacht, dass sie vorsorglich zu ganz anderen Zwecken erhoben wurden: zur Vorbereitung auf die „sozialen Unruhen“, die zu erwarten sind, wenn im weiteren Verlauf der Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Erwerbslosigkeit in ungeahnte Höhen hoch schnellen wird. Das Widerstandspotential wird also erforscht.

5) Eingliederungsvereinbarung

Ist der Anspruch auf ALG-II-Leistungen nach zermürbenden Wochen endlich anerkannt, greift das zynische Prinzip „fördern und fordern“. Der Erwerbslose hat für alle sog. zumutbaren Tätigkeiten zur Verfügung zu stehen.

Bisherige Qualifikationen, Erfahrungen und Referenzen werden wertlos. Ganze Lebensläufe werden hier entwertet, denn die adäquate Vermittlung von Stellen ist Sache der ARGE nicht. Schafft der Arbeitssuchende nicht rasch selber die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt, lädt die Behörde zum „Gespräch über die berufliche Situation“.

Das klingt nett, hilfsbereit und unverdächtig, hat es aber in sich. Denn es wird dem Erwerbslosen i.d.R. eine sog. Eingliederungsvereinbarung zur Unterzeichnung vorgelegt. Die ARGE schließt so mit Ihnen einen Vertrag, in dem steht, wozu sie sich Ihnen gegenüber verpflichtet. Das sind meistens nicht mehr als zwei, drei Sätze mit dem Verweis auf Rechte, die Sie zumeist ohnehin schon hatten.

Ihr Part, zu dem Sie verpflichtet werden, gestaltet sich hingegen meistens zehnmal so lang. Es wird Ihnen auferlegt, wie viele Bewerbungen pro Monat Sie zu schreiben haben, welchem Arbeitsvermittler Sie zugewiesen werden und für welche möglichen Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen Sie zur Verfügung zu stehen bzw. welche Sie zu absolvieren haben.

Das ist verbunden mit der Androhung von „Sanktionen“, wenn Sie sich nicht an die Vereinbarung halten wollen oder können. Neben dem hier dargestellten Gesichtspunkt des „Forderns“ wird mit der Eingliederungsvereinbarung Ihre Dequalifizierung „organisiert“: Der Diplom-Soziologe wird gezwungen, sich als Bürohilfskraft bei einer Leiharbeitnehmerfirma zu bewerben.

6) Ein-Euro-Jobs

Nachdem man Sie so weichgekocht hat, wird Ihnen eine passende (?) „Integrationsmaßnahme“ zugewiesen – der berüchtigte Ein-Euro-Job, formal als „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung“ (AGH) bezeichnet. Hierfür wird sehr viel Geld in die Hand genommen, mit dem stattdessen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden könnten, die sich positiv auf das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungen und die Steuereinnahmen auswirken würden.

Dass diese AGH „zusätzlich“ und „gemeinnützig“ seien, ist genauso falsch wie die Behauptung, die Teilnahme daran wäre „freiwillig“. Bricht nämlich ein Teilnehmer eine Maßnahme aus freiem Willen (und zumeist guten Gründen) ab, wird sanktioniert: Die monatliche Grundsicherung wird schrittweise bis auf Null gekürzt.

Nach Einsturz des Kölner Stadtarchivs wurden für die Reinigungsarbeiten fünfzig Ein-Euro-Jobber eingesetzt. Die Ratsfraktion der LINKEN Köln stellte den Antrag: „*Aufräumarbeiten am ehemaligen Stadtarchiv nur mit tariflicher Bezahlung!*“ In einer Stellungnahme aus dem Haus der grünen Sozialdezernentin Bredehorst heißt es:

„1. Bei den im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten zu erledigenden Aufgaben handelt es sich um einfachste Helfertätigkeiten auf sehr niedrigem Niveau. Geborgenes Archivgut wird mit einem ‚Handfeger‘ entstaubt und in blaue Wannen gelegt. (...)“

2. Der Einsatz der AGH-Teilnehmer erfolgt unter den Gesichtspunkten der Stabilisierung und Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Menschen in Köln. In erster Linie geht es für die Teilnehmer um die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und Sozialkompetenzen. Hier sind zu nennen: Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Einhalten von Regeln, Verbesserung der Teamfähigkeit, Steigerung des eigenen Selbstwertgefühls. (...)“

3. Würde man diese Stellen in befristete Arbeitsverhältnisse bei der Stadt (...) umwandeln, hätten gerade die o.g. betroffenen Langzeitarbeitslosen wieder nur eine geringe Chance auf Einstellung.“

Für die zynische Staatsbürokratie zeichnen sich Langzeiterwerbslose also durch fehlende „Zuverlässigkeit“ aus. Ähnlich sehen es CDU/SPD/FDP/Grüne, die eine Front gegen Erwerbslose bilden. DIE LINKE hingegen lehnt diesen Zynismus ab und sagt unmissverständlich:

„*Hartz IV abschaffen und damit die schädlichen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt beseitigen: alle Erwerbslosen als arbeitslose ArbeitnehmerInnen gleich behandeln; den gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistungen herstellen und alle Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln.*“

„Hartz-IV-Industrie“ in Köln

Von Cindy Kolter, Sprecherin der Projektgruppe und MdB-Kandidatin



„Ob es ABM oder Ein-Euro-Job heißt, wir kriegen unser Geld schon von der Behörde – von welcher auch immer!“, so der Geschäftsführer einer gemeinnützigen GmbH. Die Frage, ob der Beschäftigungsträger denn Gewinne mache, beantwortete er so: „Diese Gewinne fließen zurück in den Trägerverein. Und manchmal kommt es vor, dass ein Verein eine üppige Spende erhält, von der er eine Stiftung gründen kann.“ Dann könnten die Gewinne in die Stiftung fließen, damit aus den Stiftungserträgen neue Projekte für den Arbeitsmarkt finanziert werden könnten.

Seit Einführung von Hartz IV ist in Köln aus dem bestehenden Hilfesystem von Maßnahmenträgern eine florierende „Hartz IV-Industrie“ entstanden. Vor allem Beschäftigungs- und Bildungsträger profitieren direkt von dieser Gesetzesreform. Indirekt wirken die Maßnahmen zur Förderung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) ausgesprochen förderlich auf den Niedriglohnssektor und die Zeitarbeitsbranche.

Ziel der folgenden Ausführungen ist es, ein wenig Licht ins Dickicht der „Hartz IV-Industrie“ zu werfen. Im Gegensatz zu Städten wie Bonn ist die Stadt Köln nicht in der Lage oder bereit, eine Auflistung aller Beschäftigungsträger zu veröffentlichen. Daher kann eine Auflistung von Maßnahmenträgern nicht vollständig sein. Hinzu kommt, dass immer wieder neue Träger gegründet werden und „alte“ verschwinden.

Aber auch die „Bildungsbranche“ hat durch Hartz IV neuen Aufwind bekommen. Neben etablierten Bildungsträgern schießen neue Träger – meist Ableger renommierter sozialer Einrichtungen – wie Pilze aus dem Boden.

„Wege in Arbeit“

Ein eHb wird direkt bei Erstantragstellung zum Medizinisch-Psychologischen Dienst, zu einem Profiler oder zu einer Jobbörse zugewiesen. Der Medizinisch-Psychologische Dienst prüft die Erwerbsfähigkeit oder die Berufseignung. Der Profiler ist mit der Diagnose der Eignung und des Förderbedarfs betraut. Die Jobbörse ist zuständig für die Diagnose des Förderbedarfs und der Vermittlung. Von hier aus wird der eHb entweder direkt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt, oder er wird einer Qualifikationsmaßnahme zugeteilt. Diese Maßnahme wird entweder durch einen Beschäftigungsträger, einen Bildungsträger oder eine therapeutische Einrichtung durchgeführt.

Wie hat man sich das vorzustellen? Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit gilt man als langzeitarbeitslos. Als langzeitarbeitsloser Mensch hat man keinen Anspruch auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. *Jede* Arbeit ist zumutbar (mit wenigen Ausnahmen)!

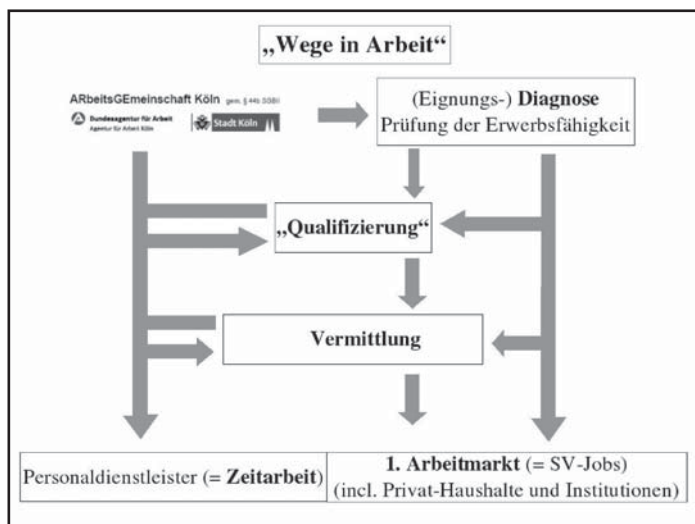
Beim Beschäftigungsträger findet die Qualifizierung mittels einer Arbeitsgelegenheit „auf freiwilliger Basis“ statt. Beim Bildungsträger wird der eHb entsprechend seinen Defiziten durch Trainings in einer Übungsfirma/-werkstatt oder qualifizierteren Ausbildungsmaßnahmen geschult.

Sollte ein Bedürftiger Einschränkungen bezüglich seiner Erwerbsfähigkeit aufzeigen, wird er einer therapeutischen Einrichtung zugewiesen – auch dieser Punkt wird als Qualifikationsmaßnahme gewertet. Vom Beschäftigungs- oder Bildungsträger erfolgt in der Regel eine direkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

Am Ende wird der eHb wieder der Jobbörse zugewiesen, um direkt vermittelt zu werden. Die ARGE selbst verfügt über eine Untergliederung, den sog. JobService: Hier werden die SGB-II-Leistungsempfänger direkt vermittelt. Ziel der Vermittlung sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, wobei diese für Langzeitarbeitslose meist primär von Personaldienstleistern (Zeitarbeitsunternehmen) angeboten werden.

Dieser Ablauf von ARGE zu Jobbörse zu Beschäftigungsträger usw. wird beliebig oft wiederholt. Auch ist es nicht selten, dass ein eHb mehrere Arbeitsgelegenheiten nacheinander absolviert, meist weil ihm nahe gelegt wird, dass er auf dem ersten Arbeitsmarkt sowieso keine Chance hätte. Auch kommt es nicht selten vor, dass ein eHb nach Absolvierung der Arbeitsgelegenheiten therapeutische Maßnahmen aufsu-

Abb. 1: „Wege in Arbeit“



chen muss. Nach Genesung kann er wieder einem Beschäftigungsträger zugewiesen werden.

Auf diesen „Wege in Arbeit“ werden die Betroffenen oftmals psychiatrisiert oder pathologisiert. Stark zugespitzt: „Wer keine Arbeit findet, ist entweder verrückt oder krank.“ Es scheint unter diesem Aspekt schon überzufällig, dass viele Einrichtungen des sozialen Hilfesystems auch therapeutische Einrichtungen betreiben. Auch werden die Zwischenschritte bis zur Vermittlung (Diagnose und Qualifizierung) inzwischen schon weitestgehend durch die Beschäftigungsträger selbst übernommen. Ein Beispiel hierfür ist in Abb. 2 zu sehen.

Das Dickicht aus Einrichtungen, Institutionen und Trägervereinen, die von der Hartz-Gesetzgebung profitieren, umfasst ein flächendeckendes Netz von Akteuren. Einmal in dieser Maschine angekommen, werden die Betroffenen zwischen den Einrichtungen und Zeitarbeitsfirmen hin- und hergeschoben. Eine wirkliche Chance auf fair entlohnte Arbeit haben die Betroffenen meistens nicht. Teilweise sind die Maßnahmen sogar darauf ausgerichtet, eine enge „Kundenbindung“ zu den Betroffenen herzustellen, die dauerhafter angelegt sein soll als die gesetzlich vorgegebenen sechs Monate.

An diesem System beteiligen sich nahezu alle bestehenden Einrichtungen in Köln. Die Verantwortlichen in der Geschäftsleitung sind meist nicht an der Verbesserung des Status der Betroffenen interessiert, da dadurch Einnahmequellen obsolet werden. Dabei operieren sie wie Manager der freien Marktwirtschaft. Sie bilden Joint-Ventures, lösen diese wieder auf, falls die Profite zurückgehen. Die Betroffenen werden als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt, ohne dabei Kosten zu verursachen. Besser noch: der Einsatz von Arbeitskräften in Arbeitsgelegenheiten wird von staatlichen, kirchlichen und wirtschaftlichen Institutionen finanziell gestützt.

Das Kölner Hilfesystem beschränkt sich nicht nur auf Erwachsene. Ab dem 15. Lebensjahr gilt ein Jugendlicher als erwerbsfähig. Mit dem Arbeitsförderungsinstrument „Einstiegsqualifizierung“ werden Jugendliche und junge Menschen direkt zu Hilfskräften qualifiziert, wohl wissend, dass es für „Helfer“ keinen nennenswerten Bedarf auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt.

Geldströme

Wie bereits angedeutet, ist aufgrund der vielfältigen Verflechtungen der einzelnen Akteure des Arbeitslosenmarktes nur eine Schätzung der Geldströme möglich. In Abb. 3 ist eine stark vereinfachte Grafik zu sehen, welches Geld wohin fließt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass längst nicht alle Einnahmequellen mit einbezogen

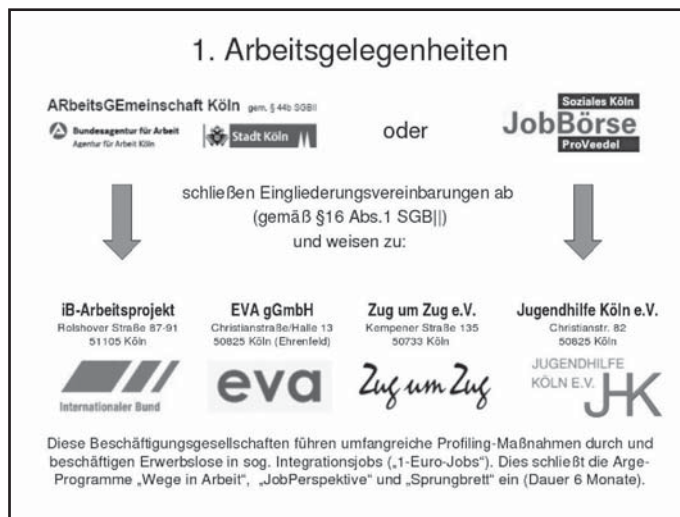
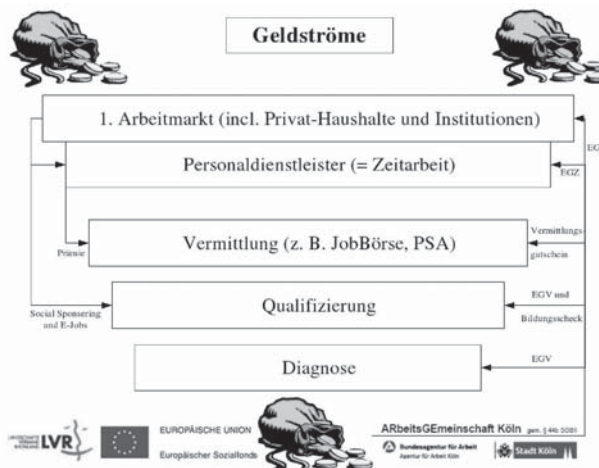


Abb. 2: „Wege in Arbeitsgelegenheiten“ in Köln

sind. Abb. 3 basiert auf dem einfachen Modell der „Wege in Arbeit“. Die Höhe der Zahlungen an die beteiligten Einrichtungen wird teils individuell zwischen Maßnahmenträgern und Förderstellen vereinbart. Daher variieren die Beträge von Einrichtung zu Einrichtung und Träger zu Träger. Außerdem fließen zusätzlich noch Fördermittel aus Bund, Land und Europa. Des Weiteren bestehen Kooperationen und Förderungen mit Stiftungen und marktwirtschaftlichen Unternehmen. Hierzu liegen der Öffentlichkeit keine konkreten Zahlen vor.

Eine Anfrage diesbezüglich an die Stadtverwaltung Köln wurde bisher nicht ausreichend beantwortet. Jenseits der öffentlichen und privaten Förderungen erzielen die Maßnahmenträger Profite durch den Einsatz von Hilfebedürftigen in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobbern). Diese werden nämlich nicht nur in zusätzlichen und gemeinnützigen Bereichen eingesetzt, was vor allem kleine und mittelständige Unternehmen schädigt.

Abb. 3: Geldströme (EGV = Eingliederungsvereinbarung, EZG = Eingliederungszuschuss)



5 Jahre Hartz IV: ein „Erfolg“

Von Elisabeth Sachse, Sprecherin der LINKEN Köln

Es waren SPD und Grüne sowie CDU und FDP, die die Hartz-Reformen beschlossen und folglich umgesetzt haben. Ziel der Reformen war es, die Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Unternehmen zu erhöhen, Unternehmen und Vermögende zu entlasten und Löhne und Sozialleistungen zu senken. Vom Standpunkt der Hartz-Parteien aus betrachtet wurden die Ziele der Hartz-Reformen erfolgreich umgesetzt.

Steuersenkung für Unternehmen und Vermögende

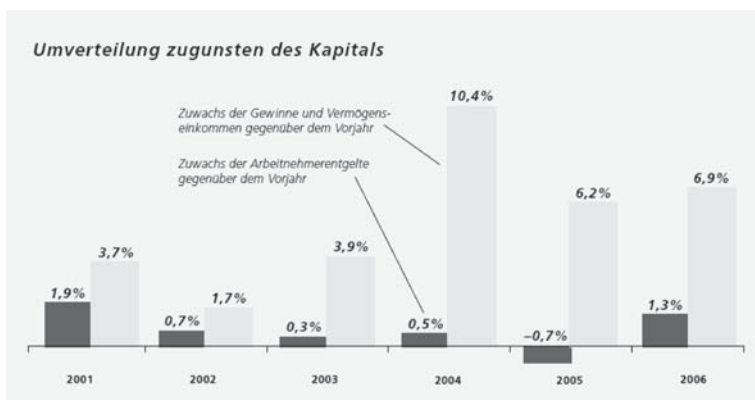
Um Unternehmen und Vermögende zu entlasten, wurden die Steuern auf Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen deutlich abgesenkt. So beliefen sich die Mindereinnahmen der Gewinnsteuern zwischen 2000 und 2003 auf etwa 30 Mrd. Euro, während die Lohnsteuer im selben Zeitraum nahezu gleich geblieben ist.

Dass die steuerlichen Mindereinnahmen andererseits von der Allgemeinheit mit Umsatz-, Tabak- und allgemeinen Steuererhöhungen sowie durch Sozialabbau, insbesondere Kürzung der Sozialhilfe, heute ALG II, aufgefangen wurden, wurde von der Bevölkerung zwar mit Zähneknirschen, aber letztlich doch hingenommen.

Primärumverteilung von unten nach oben

Das Volkseinkommen stieg im Zeitraum von 1999 bis 2008 von 1.487,26 auf 1.884,55 Mrd. EUR, d.h. um knapp 400 Mrd. EUR. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen dabei um 232,20 Mrd. EUR, die Arbeitnehmerentgelte hingegen nur um 165,09 Mrd. EUR. Die relative Reichtumsposition der Arbeitnehmer hat sich also verschlechtert.

Grafik: Verdi-WiPo-Broschüre „Arm trotz Arbeit?“



Ein bemerkenswertes Wachstum des privaten Konsums konnte und kann so nicht stattfinden und betrug daher z.B. im Jahre 2008 gerade einmal 1,24 %. Denn wer viel Einkommen hat, will nicht mehr konsumieren, und wer wenig Einkommen hat, der kann nicht mehr konsumieren.

Mythos Lohnnebenkosten

Da die Beiträge für die Rentenversicherung angehoben werden mussten, wurden die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf zuletzt 2,8 % abgesenkt, um die „Lohnnebenkosten“ niedrig halten zu können und die Unternehmen ja nicht zu belasten.

Die notwendigen Leistungseinsparungen wurden größtenteils durch die Verkürzung des Anspruchs auf ALG I auf ein Jahr erreicht.

Arbeitslosenversicherung

Das Dogma der Weltmarktkonkurrenz führte auch auf Seiten der Lohnabhängigen dazu, Arbeitszeitverlängerungen, stagnierende oder sogar real sinkende Löhne und Arbeitsplatzabbau zu akzeptieren. Die dadurch bedingten Mindereinnahmen in den Solidarsystemen führen insbesondere in der Arbeitslosenversicherung zu erheblichen Einnahmeeinbußen.

Paradoxiertweise war es aber der Bundesagentur für Arbeit dennoch möglich, 18 Mrd. EUR Rücklagen anzusparen – und dies eindeutig auf Kosten jener, die unverschuldet in Erwerbslosigkeit geraten sind, in Form von Kürzungen im Leistungsbereich und bei qualifizierenden Umschulungen und Fortbildungen.

Die Konsequenzen sind für die Betroffenen fatal: Nach einem Jahr fallen sie in den Bezug der Fürsorgeleistung ALG II, die mit Zwang zur Annahme jedweder Tätigkeit unter Androhung von Sanktionen in Form von Leistungskürzungen verknüpft ist.

Prekarisierung

Dieser Zwang hat den Niedriglohnsektor sowie Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf annähernd ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung ansteigen lassen.

In den Unternehmen wurden sichere Arbeitsplätze zunehmend durch befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit ersetzt. Zudem werden durch Privatisierungsformen auch große Berei-

LINKE Sozialberatung



Von Cindy Kolter, Sprecherin der Projektgruppe und MdB-Kandidatin, und Richard Klein

Menschen, die auf Leistungen vom Staat angewiesen sind, stehen unserem Sozialsystem oft hilflos gegenüber. Neben der „Agentur für Arbeit“ und der ArRGE gibt es noch andere Behörden, an die sich bedürftige Bürger hilfessuchend wenden können: Sozialamt, Wohngeldstelle, Bafög-Stelle, Ausländerbehörde und Rentenversicherungen – kaum ein Bürger kennt das Zusammenspiel der verschiedenen Behörden.



Im Behördenschungel ...

In diesem Dschungel von Zuständigkeiten finden sich viele Menschen nicht mehr zurecht und kapitulieren viel zu früh vor dem Berg von Formularen. Unverständliches „Amtsdeutsch“ und Bescheide, die man auch nach mehrmaligem Lesen nicht versteht – das ist heute die Realität.

Nach dem Gesetz ist zwar jede Behörde verpflichtet, den rat- und hilfessuchenden Bürger umfassend zu beraten, aber allzuoft findet diese so wichtige Dienstleistung nicht statt. Und so werden viele Anträge nicht gestellt, obwohl es einen Anspruch auf Leistungen gibt.

Zudem werden viele Bescheide, die objektiv falsch sind, ohne Widerspruch akzeptiert. Der Staat spart auf diese Weise sehr viel Geld, und dem Bürger werden genau diese Gelder vorenthalten. Als Projektgruppe fanden wir diese Situation unerträglich und entschieden uns daher sehr frühzeitig, eine Sozialberatung aufzubauen.

Selbstbild der ARGE Köln



... braucht's Sozialberatung

Seit Anfang 2008 bieten wir im Parteibüro der LINKEN Köln eine solche Sozialberatung an und begleiten Menschen bei ihren Behördengängen. Dabei helfen wir Menschen weit über Köln hinaus bei Problemen und Konflikten rund um die Themen „Arbeitsplatz“, „Grundsicherung“, „Sozialhilfe“ sowie „Wohnen und Miete“.

Diese Beratung wird von uns ehrenamtlich und selbstverständlich kostenlos für Grundsicherungs- und Sozialhilfebezieher sowie Bezieher von Niedriglöhnen angeboten. Außerdem informieren wir Hilfessuchende, denen wir selbst nicht weiterhelfen können, über Kölner Beratungsangebote, z.B. bei Fragen zum Ausländerrecht, zu Gewaltprävention oder Obdachlosigkeit.

Im ersten Halbjahr 2008 begannen wir mit einem festen Beratungstermin pro Woche. Dieses Angebot erweiterten wir im zweiten Halbjahr auf zwei feste Termine pro Woche. In diesem Zeitraum haben wir insgesamt ca. 120 Menschen beraten. Die meisten Menschen suchten unsere Beratung mehrmals auf. Ein kleiner Teil der Betroffenen kommt sogar regelmäßig zu uns, um sich beraten zu lassen. Darüber hinaus haben wir in diesem Zeitraum ca. 250 Betroffene zu den verschiedenen Ämtern und Behörden begleitet.

Dokumentation

Seit Juli 2008 dokumentieren wir alle Fälle, sowohl aus der Beratung als auch die Begleitungen, systematisch in anonymisierter Form. Diese Statistik ist wichtig, um unsere politischen Forderungen mit harten Zahlen zu untermauern.

So hatten 29% der Betroffenen Probleme im Bereich Wohnen. Die ARGE zahlte oft nicht die gesamte Miete, übernahm keine Mietrückstände oder verlangte von den Betroffenen, die Wohnung zu wechseln. Gerade diese Zwangsumzüge sind für die Betroffenen sehr belastend. 27 % der Betroffenen erhielten zu wenig Leistungen von der ARGE oder wurden sanktioniert.

20 % der Betroffenen wurde zu einer sinnvollen Qualifizierung verholfen, oder es wurde die zwangsweise Teilnahme an einem Ein-Euro-Job abgewehrt. 11% der Betroffenen wollten eine Beratung für die Erstantragstellung von Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Bei 14 % der Betroffenen gab es sonstige Schwierigkeiten (z.B. Ausländerrecht, Mobbing am Arbeitsplatz, zu wenig Kindergeld, zu geringe Rente).

Ziele der Beratung

Bei der Beratung verfolgen wir zwei Ziele. Neben der akuten Hilfe für Betroffene wollen wir erstens möglichst viele Menschen für unsere Arbeit und politischen Ziele gewinnen. Zweitens ist es unser Ziel, dass sich die Betroffenen in ihrer sozialen Umgebung selber organisieren, sich aktiv mit ihrer Situation auseinandersetzen und in der Interaktion mit den Behörden die Initiative ergreifen. Nicht die Behörde, sondern der Bürger ist für sein Leben verantwortlich.

Ganz konkrete politische Ergebnisse unserer Sozialberatung waren eine Reihe von Anfragen an die kommunale Verwaltung und die Bundesregierung. Z.B. stellten wir eine Anfrage an die Kölner Verwaltung bezüglich der von ihr ausgegebenen Maklerscheine. Auch den Postbearbeitungsrückstau bei der ARGE thematisierten wir.

An die Bundesregierung stellten wir eine Anfrage, in der wir darauf hinwiesen, dass ALG-II-Bezieher in Köln genötigt werden, aus ihrer Regelleistung auch noch Geldrücklagen zu bilden. Die Antworten der Verwaltung und der Bundesregierung setzten wir gezielt bei aktuellen Fällen in Beratung und Begleitung ein. Oft erfahren die Sachbearbeiter erst durch uns von neuen Richtlinien und gesetzlichen Änderungen.

Seit dem Sommer 2009 haben wir den Stil der Beratung geändert. Nicht mehr die Einzelberatung steht im Mittelpunkt, sondern wir bieten Sozialberatung an einem „Runden Tisch“ an. Jeder berichtet kurz und zusammenfassend von seinem aktuellen Problem. Gemeinsam wird dann an einer Lösung gearbeitet – so lernt jeder von jedem. Die Betroffenen erfahren so, dass sie keine Einzelfälle sind, sondern dass die Fehler und die Missstände Teil des Systems sind.

Welche Alternativen zu Hartz IV?

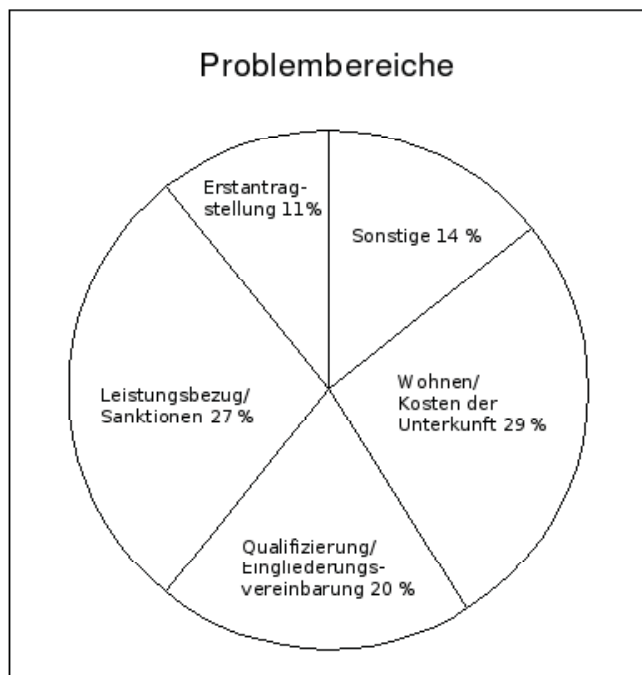
Von Elisabeth Sachse, Sprecherin der LINKEN Köln

Mehr gute Arbeitsplätze!

Eine Studie im Auftrag von Verdi berechnet die Auswirkungen eines gesetzlichen Mindestlohns: mehr Arbeitsplätze, mehr Volkseinkommen und eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme – allein aufgrund steigender Konsumnachfrage!

Kommt es noch zu Wochenarbeitszeitverkürzung, mehr öffentlichem Dienst sowie höherer Binnennachfrage durch öffentliche Investitionen und Lohnsteigerungen, wären sogar bis zu 4 Mio. Arbeitsplätze in guter Qualität zu schaffen!

Zudem gilt: Qualifizierungen der BA müssen an den vorhandenen Fähigkeiten der Menschen ansetzen und *allen* Erwerbslosen zustehen!



Dokumentierte Problembereiche betroffener Personen

Entwicklung und Ausblick

Infolge der Weltfinanzkrise werden nach den Wahlen im Herbst 2009 die Arbeitslosenzahlen weiter steigen. Viele der von Erwerbslosigkeit Betroffenen werden mit dem ihnen zustehenden Arbeitslosengeld I nicht auskommen. Aufgrund der in den letzten Jahren kaum gestiegenen Löhne reicht diese Versicherungsleistung nicht mehr aus. Dann bleibt nur noch der Weg zur ARGE.

Das bedeutet für unsere Arbeit, dass der Beratungsbedarf weiter steigen wird. Wir brauchen also dringend weitere aktive Mitkämpfer; und wir müssen uns Gedanken machen, ob wir für unsere Beratung mehr Räume brauchen.

Repressionsfreiheit!

Weltweit belegen Studien: Eine repressionsfreie Grundsicherung auf höherem Leistungsniveau zeigt wundersame Wirkungen – weniger Kinder mit Mangelernährungserscheinungen und rückläufige Kriminalität!

Und das von den Menschen erwirtschaftete zusätzliche Einkommen durch eigenständige Produktion übersteigt die Transferleistungserhöhung bereits nach kurzer Zeit!

Fazit: Menschen sind nicht einfach nur ökonomische Leistungserbringer oder Leistungsbezieher – eine menschliche Gesellschaft teilt und produziert den gemeinsamen Reichtum!

Widerstand und Gegenwehr

Von Richard Klein

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ (Bertolt Brecht)

Bereits bei Gründung unserer Projektgruppe wurde klar, dass unsere Arbeit gegen das „System Hartz IV“ neben Diskussionen, Anfragen im Rat und Veröffentlichungen von Flyern und Informationsmaterial auch zivile Gegenwehr durch Präsenz in den ARGEn umfassen muss, da dort die Menschen sind, die wir erreichen wollen.

Bündnispartner suchen

Schon in der ersten Phase des Projekts suchten wir den Kontakt mit den hier in Köln aktiven Erwerbslosengruppen. Zu diesen Gruppen zählten die KEA's (Kölner Erwerbslose in Aktion), das „Zahltag“-Bündnis und das Bündnis „Agenturschluss“. Alle diese Gruppen verfügten, im Gegensatz zu uns, bereits über einen reichen Schatz an Erfahrungen. In ersten Gesprächen mit den KEA's stellten wir unser Projekt vor.

Wie wir bereits im Vorfeld vermuteten, stießen wir als Partei auf Vorbehalte. Diese Gruppen, so wurde es uns schnell klar, wollten sich nicht von uns vereinnahmen lassen. Obwohl dies nie unser Ziel war und wir das auch immer deutlich machten, dauerte es schon einige Zeit, bis sich ein vertrauensvolles Verhältnis aufbaute.

„Stricken für den Winter“

Unter dem Motto „Stricken für den Winter“ organisierten wir unsere erste Aktion vor der ARGE Mitte (Luxemburger Straße). Dabei thematisierten wir die zynische Äußerung des Berliner Finanzsenator Thilo Sarazzin (SPD) : „Wenn die Energiekosten so hoch wären wie die Miete, würden sich die Leute überlegen, ob sie nicht mit dicken Pullovern bei 15, 16 Grad auskommen“, à la: Arme mögen sich lieber einen dicken Pullover anziehen, als die Heizung einzuschalten.

Einige GenossInnen setzten sich strickend vor den Haupteingang der ARGE. Den vielen neugierigen und interessierten Passanten, die hauptsächlich ins Arbeitsamt oder die ARGE gehen wollten, händigten wir einen für diese Aktion geschriebenen Flyer und weitere Infomaterialien der Partei zum Thema „ALG II“ aus. Es entwickelten sich teils lebhaft Debatten mit den von Erwerbslosigkeit und Armut betroffenen Menschen rund um das Thema „Hartz IV“. Bei dieser Aktion konnten wir vielen Menschen die Positionen der Partei zum Hartz-IV-System darlegen.

Heißer Kaffee für frierende Menschen

An einem bitter kalten November morgen verteilten wir heißen Kaffee an die Menschen, die bereits gegen halb acht vor der ARGE frierend für eine günstige Wartenummer warteten.

Bei dieser Aktion kam zum ersten Mal die APE zum Einsatz. Dieses knallrote Fahrzeug soll als rollendes Suppen- und Kaffeemobil auch bei zukünftigen Aktionen eingesetzt werden.

„Zahltag XXL“ – eine Woche Aktion

Seit 2007 werden in Köln „Zahltag“ durchgeführt. Bei diesen Aktionen, die immer am ersten Werktag im Monat stattfinden, wird für Betroffene die Auszahlung ihrer ausgebliebenen Leistungen durchgesetzt. Im Dezember 2008 führte das Bündnis „Agenturschluss“ zusammen mit den KEA's einen fünftägigen „Zahltag XXL“ durch. Wir beteiligten uns aktiv an der Vorbereitung und der Durchführung dieser Aktionswoche.

Bei diesem „Zahltag“ führten wir Aktionen in drei ARGEn, dem Wohnungsamt und Maßnahmeträgern („Zug um Zug“, KKB, ZAPF) durch. Diese Aktion, die in dieser Form noch nie durchgeführt wurde, fand in der bundesweiten Erwerbslosenbewegung große Beachtung. Wir etablierten uns so als gleichberechtigte Mitglieder im Bündnis der Kölner Erwerbslosengruppen.

Traue keiner Statistik

Immer wieder kommt es am ersten Werktag im Monat in ARGEn zu chaotischen Zuständen. Dann muss laut Gesetz die Leistung der ARGE ausgezahlt sein. Aber entgegen den Aussagen der Verantwortlichen trifft das nicht immer zu. Viele Betroffene haben ihr Geld an diesem Tag noch nicht erhalten und suchen daher die ARGE auf. Dort werden sie vertröstet oder mit einem illegalen Lebensmittelgutschein abgespeist.

Um den tatsächlichen Umfang dieses Missstandes zu ermitteln, führten wir in den Monaten Februar und März 2009 in der ARGE Mülheim eine Zählung durch. Unter den verwunderten Augen des Sicherheitsdienstes und der Mitarbeiter der ARGE befragten wir von 8-12 Uhr alle Kunden der ARGE, aus welchem Grund sie heute die Behörde aufsuchen. In beiden Monaten waren

rund 40% der Anwesenden an diesem Tag in der ARGE, weil sie kein Geld erhalten hatten. Viele Befragte berichteten, dass sie schon häufiger am Anfang des Monats kein Geld erhalten hatten. Entgegen den Beteuerungen der ARGE scheint das gelegentliche Ausbleiben der monatlichen Zahlung also der Normalfall im System zu sein.

„Armut hat viele Gesichter“ – die Caritas-Aktion

Im Domforum Köln fand am 27.03.2009 der Frühjahresempfang der Caritas statt. Unter dem Motto „Armut hat viele Gesichter“ wurden Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kirche eingeladen, aber nicht die Betroffenen der immer unsocialeren Gesetzgebung. Wir, das Bündnis linker Gruppen, wollten uns allerdings nicht mit einem Platz in der zweiten Reihe zufrieden geben und luden uns selber ein. Unsere Anwesenheit wurde von den Verantwortlichen schnell zur Kenntnis genommen. Wir wurden willkommen geheißen und gebeten, die Veranstaltung nicht zu stören.

Obwohl wir den Ablauf der Veranstaltung nicht störten, erschien nach kurzer Zeit ein nicht unerhebliches Polizeiaufgebot vor dem Domforum. Wer die Polizei informierte, war zu diesem Zeitpunkt nicht klar, aber vor dem Domforum kam es zu einer kleinen Rangelei zwischen der Polizei und den Aktivisten aus dem „Zahltag“-Bündnis.

Vermutlich um nicht fotografiert zu werden, wenn im Hintergrund erwerbslose und arme Menschen von der Polizei am Protest gehindert werden, verließ Sozialdezernentin Marlis Bredehorst (Grüne) den Veranstaltungsort durch den Hinterausgang. Nach dem Ende der Veranstaltung kam es tatsächlich mit einigen Teilnehmern zu interessanten Unterhaltungen, bei denen wir unsere Kritik am Hartz-System äußerten.

Unser erstes Auswärtsspiel

Beim Bündnispartner Erwerbslosenforum Deutschland fiel die ARGE Bonn oft sehr negativ auf. Um die Kultur des „Zahltags“ auch in Bonn heimisch zu machen, führten wir eine Aktion am 04.05.09 vor und in dem ARGE-Gebäude durch.

Die ARGE war durch unsere Ankündigung im Internet bereits frühzeitig informiert, stockte das Sicherheitspersonal deutlich auf und wurde von Polizisten gesichert. Neben Informationen für Interessierte und Berichten von Betroffenen boten wir auch Begleitungen an. Von diesem Angebot nahmen anwesende ARGE-„Kunden“ reichlich Gebrauch. Erfreulich war, dass sich auch Genossen der LINKEN Bonn am „Zahltag“ beteiligten und so den Keim für eine neue Widerstandsgruppe gegen das Hartz-IV-System legten.



Caritas-Aktion

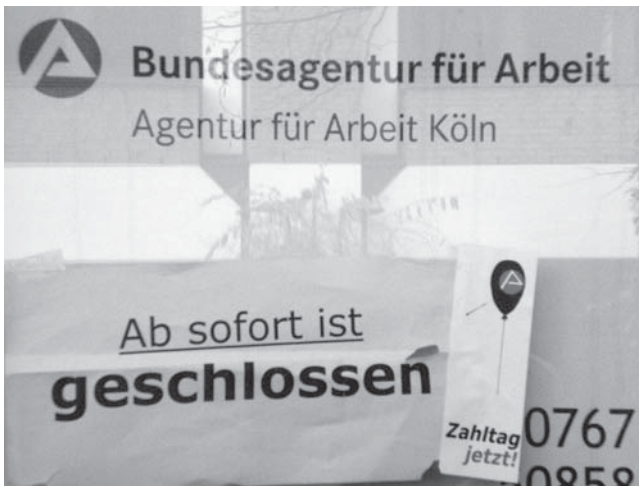
„Die Chance“

Die vorerst letzte Aktion im Zusammenhang mit der ARGE am 20.05.2009 galt dem „Lokalen Büro – Die Chance“ in Chorweiler. Dieses Büro soll nach Aussage seiner Initiatoren die Hilfeeaktivitäten der beteiligten Ämter und Behörden koordinieren und bündeln. Mit einem „zugehenden Ansatz“ sollen dort Jugendliche und junge Erwachsene in das von der ARGE dominierte Hilfesystem aufgenommen werden.

Das System „fördern und fordern“ soll durch Einbeziehung der Schule bereits auf Jugendliche ausgedehnt werden. Auch hier stehen nicht die „Kunden“, sondern die Profiteure des Hartz-IV-Systems – die Maßnahmeträger – im Mittelpunkt des Handels. Wie wir aus eigener Recherche erfuhren, stehen nicht Schulbildung und möglichst qualifizierte Schulabschlüsse, sondern die Unterbringung in einer Maßnahme (in diesem Fall bei „Zug um Zug“) im Vordergrund.

Fazit

Wir werden auch in Zukunft mit Aktionen vor und in der ARGE auf uns, unsere berechtigte Kritik und unsere gerechten Forderungen aufmerksam machen und uns als Berater und Beistand für die Belange der Opfer dieses unsocialen Wirtschafts- und Sozialsystems einsetzen.



Aktion „Zahntag XXL“

Regelmäßige LINKE Termine!

Sozialberatung der Partei DIE LINKE Köln:

Jeden Mittwoch von 10-13 Uhr im LINKEN Parteibüro,
Metzer Straße 24, 50677 Köln (Südstadt).

LINKES Erwerbslosenfrüstück:

Jeden Donnerstag von 11-15 Uhr im Freidenkerzentrum,
Bayenstraße 11, 50678 Köln (Südstadt).



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 2
Einleitung	S. 2
Projektaktivitäten	S. 3
Der Paradigmenwechsel in der Arbeitslosenversicherung	S. 4
Was ist eigentlich eine ARGE?	S. 7
Wie wirkt das System Hartz IV?	S. 8
Wie funktioniert Hartz IV konkret?	S. 10
„Hartz-IV-Industrie“ in Köln	S. 12
5 Jahre Hartz IV: ein „Erfolg“	S. 14
LINKE Sozialberatung	S. 16
Welche Alternativen zu Hartz IV?	S. 17
Widerstand und Gegenwehr	S. 18

Impressum

„Für soziale Gerechtigkeit: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV!“ – ein Projekt der LINKEN Köln

Hrsg.: DIE LINKE Köln, Metzer Straße 24, 50677 Köln;
Tel.: 0221 / 240 60 95; E-Mail: koeln@die-linke.org;
www.die-linke-koeln.de

Redaktion: Richard Klein, Cindy Kolter, Manfred Müller,
Alexander Recht, Elisabeth Sachse, Michael Scheffer

Layout: Alexander Recht

Druck: GNN-Verlag

Auflage: 2.000 Stück